

## Anfragen zum Plenum in der 19. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Renate Ackermann**  
(GRU)

Nachdem am Wochenende 31. März/1. April 2007 US-Fallschirmspringer auf dem ehemaligen Standortübungsplatz der Bundeswehr in der Nähe der Stadt Hemau (Landkreis Regensburg) übten und Presseberichten zufolge weder der Bürgermeister noch die Bevölkerung im Vorfeld informiert wurden, frage ich die Staatsregierung, auf welcher rechtlichen Grundlage diese Übung statt fand, ob die Staatsregierung im Vorfeld Kenntnis von der Übung hatte und welche Maßnahmen ergriffen wurden, um den Schutz der Bevölkerung in dem frei zugänglichen Areal zu gewährleisten?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Trifft es zu, dass Pädagogen in Bayern, die bereits in Pension sind und auch Pensionsbezüge erhalten, sich jedoch in Anbetracht des Lehrermangels dazu bereit erklären, an staatlichen Schulen zu unterrichten, dann ihre Bezüge mit ihren Pensionen verrechnen müssen (im Gegensatz zu einer Tätigkeit in der freien Wirtschaft, z.B. Nachhilfeunterricht) und wenn ja, was gedenkt die Staatsregierung dagegen zu unternehmen?

**Dr. Sepp Dürr**  
(GRU)

Nachdem Ministerpräsident Stoiber in seiner gesamten Regierungszeit noch nie zu einem offiziellen Staatsbesuch in Prag war, obwohl die politischen, kulturellen und Wirtschaftsbeziehungen zu unserem östlichen Nachbarland für Bayern von großer Bedeutung sind, aber einerseits der bisherige, quasi naturgegebene Vorrang der Beziehungen zu Bayern an Bedeutung zu verlieren droht, sichtbar etwa daran, dass die Transversalen, die das tschechische Schienennetz mit Europa verbinden, nicht durch Bayern führen, oder daran, dass laut Auskunft der tschechischen Bildungsministerin in Tschechien noch 28 Prozent der Menschen Deutsch sprechen - im Vergleich zu 24 Prozent Englischsprechenden - wogegen das Verhältnis bei den Lernenden nur noch 1 zu 3 1/2 betrage, andererseits sich gerade im Bereich der Umwelttechnologien, insbesondere durch das neue dortige Einspeisegesetz enorme Potentiale beim Anlagenbau für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Solar, Wind, Biogas, Biomasse) große Potentiale für die bayerischen Weltmarktführer auf dem tschechischen Markt ergeben, frage ich die Staatsregierung, wie sie die baye-

risch-tschechischen Beziehungen mehr als bisher intensivieren will, um als Türöffner - wie gegenüber einer Vielzahl anderer Länder auch - für bayerische Unternehmen und bayerische Kultur bzw. die deutsche Sprache zu wirken, wie sie das Interesse an Geschichte, Gegenwart und Sprache des Nachbarlandes gerade in den tschechischen wie bayerischen Grenzregionen stärker als bisher fördern will, um die kulturellen und wirtschaftlichen Chancen gerade für den aus innerbayerischer Sicht peripheren ländlichen Raum, der sich längst in der Mitte Europas befindet, zu nutzen, und wie sie bayerische Unternehmen dabei unterstützen will, mit ihren Zukunftstechnologien auf dem tschechischen Energiemarkt zu bestehen?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Welche disziplinarrechtlichen Maßnahmen sind gegenüber dem zweifach vorbestraften Weidener Oberbürgermeister Hans Schröpf eingeleitet worden, auf welchem Stand befinden sich diese und ist beabsichtigt, im Rahmen der kommunalen Rechtsaufsicht die Frage der behaupteten Amtsunfähigkeit zu überprüfen?

**Dr. Hildegard Kronawitter**  
(SPD)

Da Ministerpräsident Edmund Stoiber nach SZ-Bericht vom 23.04.07 Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee aufforderte, rasch ein Gesamtkonzept für den Ausbau der Zulaufstrecken zum geplanten Brennerbasis-Tunnel aufzulegen, frage ich die Staatsregierung, welche Planungsvorbereitungen für die Zulaufstrecke(n) bisher auf Landesebene getroffen wurden, welche Unterstützung sie sich von der EU-Kommission dabei erwartet (zum Beispiel bei der Mitfinanzierung von Studien) und welches Konzept die Staatsregierung bisher entwickelt hat, um die Anwohner im Inntal und in Kiefersfelden vor weiteren Belastungen zu schützen?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Da in Großkrotzenburg, an der hessisch/bayerischen Landesgrenze die EON AG gemeinsam mit den Stadtwerken Hannover den Neubau eines 1100 MW-Steinkohlekraftwerkblockes plant und bislang eine Beteiligung der benachbarten bayerischen Gemeinden bzw. des Landkreises und der Stadt Aschaffenburg sowie des Landes Bayern am Raumordnungsverfahren nicht vorgesehen ist, frage ich die Staatsregierung, wie sie ihre Interessen - insbesondere eine Beteiligung am Raumordnungsverfahren - in diesem Zusammenhang durchzusetzen gedenkt und ob und wie sich ein solcher Neubau überhaupt mit dem LEP vereinbaren ließe unter Berücksichtigung der bereits erhöhten Emissionen von Kohlendioxid, Stickoxyden, Schwefeldioxid, Staub etc. in der schon lufthygienisch belasteten Region des bayerischen Untermain und den zukünftig erwarteten Werten nach Inbetriebnahme des neuen Blocks?

**Christa Naab**  
(SPD)

Nachdem im Zusammenhang mit dem spektakulären Umweltskandal im mittelfränkischen Neuendettelsau vor über 5 Jahren zwar der dafür verantwortliche Bauer inzwischen eine Haftstrafe verbüßt, die zwei mutmaßlichen Hintermänner sich aber bis heute nicht vor Gericht verantworten mussten, obwohl die Staatsanwalt-

schaft ihre Ermittlungen gegen die beiden Müllmakler bereits vor drei Jahren abgeschlossen und Anklage erhoben hat, das Landgericht Ansbach aber bislang nicht in der Lage war, den Prozess zu starten, frage ich die Staatsregierung, wie lange sie das noch hinnehmen will und vor allem was sie gedenkt zu tun, um das Verfahren zu beschleunigen, auch angesichts der Tatsache, dass die Strafbefehle gegen Mitarbeiter des Landratsamtes vom zuständigen Amtsgericht Ansbach ebenfalls noch nicht entschieden sind?

**Ruth Paulig**  
(GRU)

Wie beurteilt die Staatsregierung die - im Zusammenhang mit der Errichtung der Kraftwerksblöcke 4 und 5 in Irsching - beabsichtigte Einleitung von 33 °C heißem Kühlwasser in die Donau im Hinblick auf die dortige Flora und Fauna auch unter dem Gesichtspunkt der auf Grund des Klimawandels unabsehbaren Veränderungen in der Wasserführung der Flüsse, wie beurteilt die Staatsregierung die technische Alternative der Errichtung von Kühltürmen und ist die Staatsregierung bereit, sich für diese Alternative einzusetzen?

**Hans-Ulrich Pfaffmann**  
(SPD)

Nachdem der Süddeutschen Zeitung vom 19.04.2007 zu entnehmen ist, dass Ein-Euro-Jobber am Gymnasium Gilching als Pädagogische Hilfskräfte eingesetzt werden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Pädagogische Hilfskräfte an Bayerns Schulen eingesetzt und für welche Aufgaben sie eingesetzt werden?

**Karin Radermacher**  
(SPD)

Nachdem die Stadt Volkach, Landkreis Kitzingen im Zuge des Neubaus der Mainbrücke fordert, die im Anschluss befindliche so genannte Brückenkreuzung (St. 2260 und St. 2271 sowie Bahnhofstraße) in einen Kreisverkehr umzubauen, frage ich die Staatsregierung, ob die Möglichkeit besteht, diesem Wunsch nachzukommen oder aus welchen Gründen dies abgelehnt wird?

**Dr. Martin Runge**  
(GRU)

In wie vielen Fällen sind in den letzten 10 Jahren in Bayern Unternehmen wegen klassischer Korruptionsdelikte wie Bestechung und Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Vorteilsannahme, Betrug oder Untreue bzw. wegen anderer Delikte wie Schwarzarbeit oder anderer illegaler Beschäftigung, Veruntreuung von Arbeitsentgelt, Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, Steuerhinterziehung oder Verstößen gegen das Kartellverbot im GWB von der Vergabe staatlicher bzw. kommunaler Aufträge ausgeschlossen worden und über welchen Zeitraum erfolgten die Ausschlüsse im Durchschnitt?

**Maria Scharfenberg**  
(GRU)

Was hat die Staatsregierung bisher unternommen, zur Aufklärung der wiederholt und seit Monaten öffentlich geäußerten Vorwürfe beizutragen, verschiedene Mandatsträger und Parteifunktionäre der Regensburger CSU würden sich in einem rechtsextremistischen Umfeld bewegen, und welche Untersuchungen beabsichtigt sie diesbezüglich noch einzuleiten?

**Werner Schieder**  
(SPD)

Warum ist im Disziplinarverfahren gegen den zweimal vorbestraften Weidener Oberbürgermeister Hans Schröpf bisher noch keine Entscheidung gefallen, obwohl die letzte Verurteilung schon fünf Monate zurückliegt, werden in die Disziplinarmaß-

nahme außer den den Strafurteilen zu Grunde liegenden Sachverhalten auch die in den Prüfberichten des Kommunalen Prüfungsverbands angesprochenen sonstigen Dienstpflichtverletzungen mit einbezogen und wann ist mit Disziplinaentscheidungen zu rechnen?

**Adi Sprinkart**  
(GRU)

In wie vielen Fällen wurde für die im Jahr 2006 auslaufenden KULAP-Verträge (K34) und (K33) bis Ende März dieses Jahres jeweils neue Verträge abgeschlossen und wie viele dieser Verträge entfielen jeweils auf die neuen KULAP-Maßnahmen A 21, A 22 und A 23?

**Christine Stahl**  
(GRU)

Trifft es zu, daß die Staatsregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März diesen Jahres plant, in die neuen Regelungen zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum und in öffentlich genutzten Gebäuden auch die Überwachung von Schulen und Hochschulen aufzunehmen und wenn ja, welche weiteren Regelungsschwerpunkte wird der Gesetzentwurf enthalten?

**Christa Steiger**  
(SPD)

Nachdem es eine bayernweite Vereinbarung gibt, dass die Kosten für Gebärdensprachdolmetscher und -innen bei Betriebs-, Personal- und Schwerbehindertenvertreterversammlungen übernommen werden, frage ich die Staatsregierung, warum nun vom Zentrum Bayern für Familie und Soziales, Integrationsamt, Bayreuth, angekündigt wird, dass Dolmetschereinsätze für o. a. Veranstaltungen künftig nicht mehr übernommen werden sollen, trifft dies nur für Oberfranken zu oder soll dies in ganz Bayern künftig gelten und auf welcher Grundlage?

**Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD)

Wie wird beim BayKiBiG die Berufspraktikantin im Anstellungsschlüssel und bei der Fachkraftquote gerechnet, wenn sie als Drittkraft in einer Gruppe im Kindergarten eingesetzt wird?